

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juni 2026

hauptstadt magazin

dbb Fröhschoppen

Freude über
konstruktiven
Meinungsaustausch



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Inhalt

Veranstaltungen

Viel Prominenz beim dbb Frühschoppen	4
Maiempfang im Roten Rathaus	6

Berufspolitik

Besoldungsanpassung ohne Abstriche	7
Kein Zeitplan für Besoldungsreparatur	7
Dienstrechtsreform II mit positiven Ansätzen	8
Gegenmeinung	9
Vereinbarung zur Entlastung von Lehrern und Erziehern	10
Bundesweit einzigartiges Steuerungsinstrument	11

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

BSBD-Landesgewerkschaftstag wählt neue Leitung	12
75 Jahre VBE Berlin	14
Vorankündigung Gewerkschaftstag gkl berlin	14
dbb frauen starten Teilzeitkampagne	14

Unterhaltung

Preisrätsel	15
-------------	----

Letzte Seite

Gedankenaustausch in Los Angeles	16
Margot-Friedländer-Platz	16

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zur Abwechslung sind einmal zwei sehr positive Nachrichten aus dem vergangenen Monat zu vermelden: Die eine betrifft die Besoldungsanpassung, die für Berliner Verhältnisse geradezu im Galopp und ohne Abstriche am Tarifergebnis über die Bühne gegangen ist. Das darf getrost auch als Zeichen der Wertschätzung für die zuverlässige Arbeit der Berliner Beamtinnen und Beamten verstanden werden.

Außerordentliche Wertschätzung hat aber auch der dbb berlin erfahren dürfen, und zwar bei seinem 10. Parlamentarischen Frühschoppen am 9. Mai. Die Landesregierung war mit nicht weniger als einem halben Dutzend Vertretern vor Ort, allen voran dem Regierenden Bürgermeister.

Natürlich war im Mai auch nicht alles eitel Sonnenschein. So gibt es beispielsweise überhaupt noch keine zeitliche Vorstellung darüber, wann betroffene Beamte endlich mit Ausgleichszahlungen für die jahrelang verfassungswidrige Alimentation rechnen können. Es herrscht noch nicht einmal Klarheit über den Kreis der Berechtigten. Für den dbb berlin Grund genug, weiter den Finger in die offene Wunde zu legen und auf schnellstmögliche Bereinigung des Unrechts zu drängen.

Auch bei unseren Mitgliedsgewerkschaften hat sich im vergangenen Monat einiges getan: Der BSBD Berlin hat bei seinem Gewerkschaftstag eine neue Leitung gewählt, der VBE Berlin konnte sein 75-jähriges Bestehen feiern und die gkl berlin bereitet ihren nächsten Gewerkschaftstag vor.

Auch die dbb frauen waren sehr aktiv und haben eine Teilzeitkampagne vorbereitet.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:**

mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:**

Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:**

marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:**

Britta Dorr, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 23, gültig ab 1.1.2026. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: © dbb berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



10. Parlamentarischer Frührschoppen Jubiläum mit hochkarätigen Gästen

Frank Becker eröffnete den Frührschoppen.

© dbb berlin (6)

Einen größeren Zuspruch aus Berliner Regierungskreisen hätte sich Gastgeber dbb Landeschef Frank Becker beim 10. Parlamentarischen Frührschoppen des dbb berlin am 9. Mai im Paulaner am Spreebogen wirklich nicht wünschen können. Die rund 100 Gäste aus Gewerkschaften, Verwaltung, Rundfunk und Stadtgesellschaft waren nach Grußworten von Parlamentspräsidentin Cornelia Seibelt und Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyrocki schon zu Speis' und Trank übergegangen, als unter donnerndem Applaus der Regierende Bürgermeister Kai Wegner und in seinem Gefolge Finanzsenator Stefan Evers und Justizsenatorin Felor Badenberg angekündigt wurden. Alle drei hatten ursprünglich wegen einer anderen Veranstaltung absagen müssen und es sich dann doch nicht nehmen lassen, im Anschluss noch den dbb berlin zu besuchen.

Ein Dramaturg hätte den chronologischen Ablauf des denkwürdigen Jubiläumsfrührschoppens wohl kaum besser ersinnen können, der zunächst pünktlich um 11 Uhr mit der Eröffnung des dbb Landeschefs seinen Anfang nahm. Frank Becker flocht – wie gewohnt – wichtige gewerkschaftspolitische Forderungen in seine Begrüßung ein, insbesondere die zügige Verabschiedung eines Reparaturgesetzes, das Ausgleichszahlungen für alle von Verstößen gegen die arbeitsangemessene Alimentation Betroffenen vorsieht.

Wettbewerbsfähigkeit gestiegen

Die Präsidentin des Abgeordnetenhauses, die schon zum dritten Mal die Schirmherrschaft über den Frührschoppen übernommen hatte, bescheinigte in ihrem anschließenden Grußwort den Landesbeschäftigten „überdurchschnittlich ausgeprägtes Engagement und überdurchschnittliche Arbeitsbereitschaft“. Seibelt begrüßte außerdem die mittlerweile gewachse-



Schirmherrin Cornelia Seibelt würdigte das Engagement der Landesbeschäftigten.

ne Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Verwaltung dank höherer Durchlässigkeit und Verbesserungen bei den Verbeamtungen. Dennoch gelte es weiterhin, „moderner“ zu werden, insbesondere mithilfe von Digitalisierung und KI.



Videobotschaft des „Regierenden“

Videobotschaft aus dem Roten Rathaus

Den Worten der Schirmherrin folgte eine Videobotschaft, die der Regierende Bürgermeister wegen seines andern Termins am 9. Mai offenbar vorsorglich hatte aufnehmen lassen, um sich in erster Linie für den sachlichen und fruchtbaren Austausch mit dem dbb berlin zu bedanken.

Zu einem echten Höhepunkt gerieten danach die Ausführungen des für das Personal zuständigen Finanzstaatssekretärs Wolfgang Schyrocki. Nicht weil er ins Gedächtnis rief, was die amtierende Koalition in 3,5 Jahren mit den beiden Dienstrechtsreformen an Transformationen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Landesdienstes auf den Weg gebracht hat und auch nicht wegen seiner Ausführungen zur Reform des Personalvertretungsrechts oder der aktuellen Besoldungsthematik.

Zukunftsüberlegungen

Aufhorchen ließ vielmehr der Wunsch des Staatssekretärs, sich künftig weniger mit der Reparatur von Fehlern der Vorgängerregierungen befassen zu müssen als mit der Gestaltung der Zukunft des öffentlichen Dienstes. Denn hier stellten sich die spannenden Fragen, welche Kernaufgaben Beamte in Zukunft erfüllen müssen, wie die künftigen Berufsbilder im öffentlichen Dienst aussehen müssen und welche Auswahlentscheidungen dann zu treffen seien. Auch die Konsequenzen für die Ausbildung an Schulen, Unis beziehungsweise für die Curricula seien zu bedenken. Dem Ruf nach mehr Personal für den Landesdienst erteilte Schyrocki in dem Zusammenhang eine klare Absage. Der Stellenpool sei ausreichend, zumal davon auszugehen sei, dass gegenwärtige Aufgaben sich teilweise in Zukunft erledigt haben werden.

Länderübergreifende Zusammenarbeit

Aufhorchen ließ aber auch die aktuelle Nachricht des Staatssekretärs über eine Zusammenarbeit der Länder in Sachen Neuordnung der Besoldung, ausgelöst durch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für eine amtsangemessene Alimentation. Der dbb berlin würde eine Annäherung der Länder in der Besoldung ausdrücklich begrüßen, weil die Zersplitte-



Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyrocki ließ aufhorchen.

rung in Bund und Ländern seit der Föderalismusreform die Einkommen der Beamtinnen und Beamten zur willfährigen Manövriermasse in den Länderhaushalten gemacht hat.

Nach den interessanten Ausführungen des Staatssekretärs schien der offizielle Teil der Veranstaltung zunächst beendet und die Gäste konnten sich am Buffet stärken und in persönliche Gespräche vertiefen.

Der Regierungschef kommt

Um kurz nach 13 Uhr dann der Paukenschlag: Der Regierende Bürgermeister traf zusammen mit Finanz-



Gastgeber Frank Becker begrüßt Justizsenatorin Felor Badenberg und Finanzsenator Stefan Evers (von links).

senator Stefan Evers und Justizsenatorin Felor Badenberg unverhofft doch noch ein und richtete zusätzlich zu seiner vorangegangenen Videobotschaft unter großem Beifall noch einmal das Wort an die Gäste des Fröhschoppens:

„Die Vorgänger haben etwas kaputtgemacht“, stellte er zur notwendigen Besoldungsreparatur fest und erinnerte in dem Zusammenhang auch an die Einstellungssperre, die in der Vergangenheit viele in Berlin ausgebildete Polizisten nach Hamburg abwandern ließ. „Diese Fehler dürfen nicht wiederkommen!“

Auch die Sicherheit der Landesbeschäftigten ist dem Regierenden Bürgermeister ein wichtiges Anliegen: „Jede Gewalttat ist eine zu viel“, unterstrich Wegner und gehöre verfolgt und gesellschaftlich geächtet. Besonders betont wurde vom Regierenden Bürgermeister aber auch in seiner zweiten Ansprache bei diesem Fröhschoppen erneut der hohe Wert des gegenseitigen Austauschs mit dem dbb berlin, der unter anderem bei der Verwaltungsreform zu sehr guten Ergebnissen geführt habe.

Voll und ganz bestätigt wird diese Einschätzung einer sach- und ergebnisorientierten Zusammenarbeit, die mit großen Teilen der Landesregierung gepflegt wird, vom dbb Landesvorsitzenden und seinen Stellvertretern.

Interessante Gespräche

Gefreut hat sich der dbb berlin bei seinem Jubiläumsfröhschoppen aber nicht nur über seine illustren Überraschungsgäste, sondern auch über die anregenden Gespräche mit vielen weiteren Besuchern des Fröhschoppens. Genannt seien noch Tanja Mildenberger, Staats-

sekretärin Finanzen, Ulrike Demmer, Intendantin des rbb; Ottilie Klein, Generalsekretärin CDU Berlin, Heiner Kausch, Leiter der Stabsstelle Parlament/Regierung der PKV; Karin Klingen, Präsidentin des Rechnungshofs Berlin, Michael Laßok, Direktor der Unfallkasse Berlin, sowie Vertreter der Partner des dbb berlin (BBBank, HUK, Debeka, DBV AXA, SIGNAL IDUNA, Swiss Life Select und dbb betreuungsverein). ■



Maiempfang des Regierenden Bürgermeisters

dbb Landeschef Frank Becker hat dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner beim traditionellen Empfang am Vorabend des 1. Mai gedankt, dass er die Arbeit aller Beschäftigtenvertretungen (Personalräte und Betriebsräte, Frauenvertreterinnen und Vertreter der schwerbehinderten Menschen) mit dieser Ver-



© dbb berlin

anstaltung besonders würdigt. Tag für Tag für setzten sich die Beschäftigtenvertreterinnen und -vertreter für ihre Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen und Betrieben ein ... was nicht immer „vergnügungssteuerpflichtig“ sei. Allen – insbesondere unseren Polizistinnen und Polizisten – wünschte Becker einen friedlichen 1. Mai.

Besoldung und Versorgung

Anpassung ohne Abstriche!

Das Tarifiergebnis TV-L wird zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen, und das entsprechende Gesetz hat nicht allzu lange auf sich warten lassen.

Noch vor der Parlamentarischen Sommerpause hat das Abgeordnetenhaus am 21. Mai 2026 ohne irgendwelche Taschenspielertricks zulasten der Beamten und Versorgungsempfänger den von Finanzsenator Stefan Evers vorgelegten Gesetzentwurf passieren lassen.

Anerkennende Worte gab es deshalb von dbb Landeschef Frank Becker: „Unsere Forderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übernahme des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten ist in das Gesetz eingeflossen. Wir werten die Regelung positiv, danken dem Finanzsenator für die vollständige und zügige Umsetzung des Tarifiergebnisses und erwarten jetzt eine schnelle Auszahlung rückwirkend zum 1. April.“

Im Einzelnen sieht der Gesetzentwurf eine Anpassung der Besoldung und Versorgung ab 1. April 2026 um 3,8 Prozent vor. Diese Erhöhung setzt sich aus der 2,8-prozentigen Erhöhung im Tarifbereich und einer vorgezogenen einprozentigen Erhöhung, die im Tarifbereich erst ab 1. Januar 2028 greift, zusammen. Auf diese Weise soll sowohl der im Tarifabschluss vereinbarten Mindestanpassung in Höhe von

100 Euro Rechnung getragen als auch das Abstandsgebot gewahrt werden.

Die Entgelterhöhung im Tarifbereich ab 1. März 2027 um 2,0 Prozent wird zeit- und wirkungsgleich auf den Beamtenbereich übertragen. Vergleichbares gilt für die Anwärtergrundbeträge, die ab 1. April 2026 um 90 Euro und ab 1. März 2027 um weitere 60 Euro erhöht werden.

Aufgrund der aktualisierten Rechtsprechung des BVerfG wird im Jahr 2027 darüber hinaus eine grundsätzliche Überprüfung der Besoldungsstruktur im Land Berlin vorgenommen, in deren Rahmen auch untersucht wird, ob weitere Besoldungsanpassungen im Jahr 2028 notwendig werden. ■

Besoldungsreparatur

Zeitpunkt ungewiss

Keine Klarheit, wann die vom Bundesverfassungsgericht aufgegebenen Reparatur der Berliner Besoldung sich konkret in den Portemonnaies der Beschäftigten bemerkbar machen wird, brachte ein Grundsatzgespräch, das die dbb Landesleitung am 13. Mai 2026 mit Finanzsenator Stefan Evers geführt hat.

Zu groß seien die Unwägbarkeiten für eine derartige Prognose, meinte Evers. So stehe die politische Diskussion über die drei Reparaturmodelle, die sein Haus – abhängig von den Widersprüchen der Betroffenen – erarbeitet habe, noch gänzlich aus. Auch dürfte sich die Sichtung der in den Jahren von 2008 bis 2020 gegen die Besoldung eingelegten Widersprüche noch bis Jahresende hinziehen. Schließlich biete sich zunächst auch noch der Austausch mit anderen Bundesländern an, die ebenfalls Ansprüche gegen die amtsangemessene Ali-

mentation zu befriedigen haben. Die Verabschiedung des Dienstrechtsreformgesetzes II könne dagegen noch vor Ablauf der Legislaturperiode gelingen.

Die zweite Jahreshälfte sei schließlich für eine deutliche Beschleunigung der Beihilfenbearbeitung dank eines KI-basierten Arbeitsprozesses avisiert. Das entsprechende Modul stünde kurz vor der Fertigstellung. Die dbb Landesleitung mit Frank Becker, Thomas Goiny und Martina Riedel hatte in allen drei Problemkreisen auf schnelle Lösungen gedrängt. ■

Dienstrechtsreform II

Artikelgesetz mit positiven Ansätzen

Der dbb berlin wertet den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Landesverwaltungsamtes Berlin sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, auch wenn der volle Wortlaut noch nicht vorliegt, überwiegend positiv.

In einer schriftlichen Stellungnahme zu dem geplanten Artikelgesetz gegenüber Finanzsenator Stefan Evers begrüßt der dbb berlin, dass das Landesverwaltungsamt als zentraler Dienstleister für verschiedene Dienststellen wie auch direkt für die einzelnen Beschäftigten im Landesdienst mit dem Gesetz auf eine rechtssichere Basis gestellt werden soll.

Bearbeitung existenzieller Anliegen

Das sei umso wichtiger, als das Amt existenzielle Anliegen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen, wie etwa Beihilfen, für die Beschäftigten bearbeite. Begrüßt wird in diesem Zusammenhang aber auch, dass die vorgesehene zentrale Bearbeitung von Personalakten einheitliche Standards in der Rechtsanwendung ermöglicht.

Entlastung für Amtsärzte

Positiv wertet der dbb berlin auch den Art. 3 des Entwurfs, wonach die ärztliche Begutachtung vor Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Widerruf ins Ermessen der Dienstbehörde gestellt werden soll. Bezweckt wird damit unter anderem eine Entlastung der Amtsärzte, die bislang sowohl vor dem Eintritt in das Beamtenverhältnis auf Widerruf als auch vor dem darauffolgenden Eintritt in das Beamtenverhältnis auf Probe Begutachtungen vornehmen müssen. Sonderregelungen sollen allerdings für Beamtengruppen, an deren Tätigkeit besonders hohe gesundheitliche und körperliche Anforderungen geknüpft sind, gelten, so im Polizeivollzugsdienst, im feuerwehrtechnischen Dienst und Justizvollzugsdienst.

Mit der im Gesetzentwurf vorgesehenen Möglichkeit, Vorgriffsregelungen bei Beihilfeänderungen vornehmen zu können, wird einer Forderung des dbb berlin entsprochen. Dasselbe gilt für die vorgesehene Verbesserung bei Dienstreisen per Bahn. Ab einer

Reisezeit von vier Stunden sollen hier die Fahrtkosten für die nächsthöhere Klasse übernommen werden. Beim Bund ist dies allerdings schon ab zwei Stunden Reisezeit der Fall.

Justizvollzug ausgeklammert

Kein Verständnis hat der dbb berlin demgegenüber dafür, dass bei Polizei und Feuerwehr vorgesehene Verbesserungen nicht auch den Justizvollzugsdienst einbeziehen. Konkret ist das bei der Gewährung von Vorsorgekuren für Beschäftigte, die besonderen Belastungen und Gefährdungen ausgesetzt sind, und bei der freien Heilfürsorge der Fall.

Artikel 7 des Gesetzes zeichnet im Landesversorgungsgesetz die beim Bund bereits eingeführte befristete steuerliche Freistellung von Verwendungseinkommen nach, das nach Erreichen der Altersgrenze erzielt wird. Nach Einschätzung des dbb berlin dürfte diese Regelung die Personalknappheit im Landesdienst zumindest etwas abschwächen.

Bei der in Art. 10 des Gesetzes vorgesehenen Änderung der Laufbahnverordnung Justiz und Justizvollzugsdienst vermisst der dbb berlin eine adäquate Anerkennung des Meistertitels. Kritisch gesehen wird außerdem, dass die Dienstbehörde künftig die Erprobungszeit ohne Mindestdauer verkürzen kann. „Eine zu frühzeitige Entscheidung könnte den Zweck der Erprobungszeit, nämlich eine realistische Bewährungsmöglichkeit, unterlaufen“, heißt es dazu in der dbb Stellungnahme.

Unter Minijobgrenze

Unzureichend ist nach dbb Auffassung schließlich die vorgesehene Erhöhung der Zuverdienstgrenze bei Nebentätigkeiten, die immer noch unter Minijobgrenze von 7.236 Euro (ab 1. Januar 2027 sogar 7.596 Euro) liegt. ■



Gegenmeinung

Schade eigentlich ...

dass jetzt auch die Berliner Morgenpost, zumindest mit ihrem Chefreporter Landespolitik, in unqualifizierte Beamtschelte abgerutscht ist.

Ob Joachim Fahrn mit seinem am 2. Mai in der Rubrik „Meinung“ veröffentlichten Beitrag „Wie sich Beamte die Stadt zur Beute machen wollen“ wirklich so unbedarft ist, was wirtschaftliche Zusammenhänge angeht, oder ob er einfach einmal eine polemische Schlagzeile platzieren wollte, mag dahingestellt bleiben. Seine Anwürfe sind jedenfalls oberflächlich, scheuklappig und alles andere als neu. Lust zur sachlichen Erwiderung kommt bei der unbedarften Phrasendrescherei zwar nicht auf, trotzdem sei dem Verfasser ins Stammbuch geschrieben: Nicht „nur eine Gruppe (nämlich die beamtete) bekommt mehr Geld“; in diesem Jahr stehen für nicht weniger als zehn Millionen Beschäftigte neue Vergütungstarifverträge an.

Wäre es dem Chefreporter Landespolitik auch nur ansatzweise um eine faire Berichterstattung gegangen, hätte er darüber hinaus sehr schnell feststellen können, dass Einkommenserhöhungen bei Beamten niemals vorangehen, sondern sich an der allgemeinen Einkommensentwicklung orientieren „sollten“. Sollten deshalb, weil die Anpassungen in Berlin jahrzehntelang unter dieser Marge lagen oder erst gar nicht stattfanden. Erhebliche Verwerfungen im gesamten Bezahlungsgefüge und große Nachwuchssorgen im Landesdienst waren beziehungsweise sind die Folge.

Natürlich ist der Zeitpunkt für die fälligen Nachzahlungen in Millionenhöhe gegenwärtig nicht gerade günstig. Allerdings haben das die Beamten, die schon seit Jahren vor Gericht ziehen müssen, um irgendwann endlich gerecht bezahlt zu werden, am allerwenigsten zu verantworten. Eher könnte man kurzzeitige Haushaltspolitik gepaart mit tendenziöser Berichterstattung in den Medien als Verursacher festmachen. Auch hat sich die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenbesoldung, auf deren sehr ausführliche und schlüssige Begründung der Verfasser in der Berliner Morgenpost wohlweislich überhaupt nicht eingeht, über Jahre hingezogen. Auf eine Richterschwemme wegen überhöhter Bezahlung lässt dieser Umstand jedenfalls kaum schließen ...

Dem dbb berlin ist durchaus bewusst, dass ein Chefreporter, der offenbar die gesamte Landespolitik abdecken soll, durchaus nicht auf allen Gebieten sattelfest sein kann und steht deshalb jederzeit für kompetente Beratung in Sachen Landesverwaltung zur Verfügung!

Frank Becker,
Landesvorsitzender des dbb berlin

Pfalzgraf im rbb

Politiker müssen Wowereit-Sarrazin-Suppe auslöffeln

Klartext hat der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf am 22. Mai 2026 in der rbb Abendschau in Sachen Reparatur der fast zwei Jahrzehnte andauernden verfassungswidrigen Besoldung der Berliner Landesbeamten gesprochen.

„Wir stecken in einer Situation, in der die Beamtinnen und Beamten ganz real das Vertrauen in die Politik verloren haben. Die Hütte brennt und der Senat kommt mit einem Eimerchen Löschwasser. Es hilft kein politisches Gejammer, die heute agierenden Politiker müssen die Wowereit-Sarrazin-Suppe auslöffeln. Ohne Wenn und Aber. Wer 18 Jahre zu wenig bezahlt und erst vom Verfassungsgericht korrigiert werden muss, hat es auch nicht anders verdient.“



© dbb berlin

Entlastung von Lehrkräften

dbb berlin unterzeichnet Vereinbarung

Der dbb berlin hat am 19. Mai 2026 in Absprache mit seinen zuständigen Bildungsgewerkschaften eine Vereinbarung zur Entlastung von Lehrkräften und Erziehern im Ganztage mit der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Katharina Günther-Wünsch, unterzeichnet.



Bildungssenatorin
Katharina Günther-
Wünsch und dbb
Landesvorsitzender
Frank Becker

Für Lehrkräfte ist vorgesehen:

- > eine weitere Entlastungsstunde im Schuljahr nach Vollendung des 63. Lebensjahres,
- > zusätzliche Unterstützung in der Schulanfangsphase durch neue Stellen für Doppelsteckungen und kleinere Lerngruppen für Schulen in herausfordernden Lagen,
- > ein zusätzlicher Studientag zur digitalen Schulentwicklung in den Schuljahren 2026/2027 und 2027/2028,
- > ein unterrichtsfreier Tag für Lernentwicklungsgespräche an Grundschulen,
- > zusätzliche Zeit für Klassenleitungsaufgaben an Grundschulen und Primarstufen,
- > langfristige Sicherung multiprofessioneller Kollegien über die Regelausstattung hinaus.

Mehr Mitsprache und bessere Arbeitsbedingungen

Für Erzieherinnen und Erzieher im Ganztage beinhaltet die Vereinbarung unter anderem:

- > zusätzliche Investitionen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Raumqualität im Ganztage,
- > stärkere Einbindung koordinierender Erzieherinnen und Erzieher bei fachlichen Entscheidungen,
- > Umbenennung der „eFöB“ in „Bildung, Erziehung und Betreuung – BEB“, um den Bildungsauftrag im Ganztage zu unterstreichen,
- > allgemeine Regelungen für personelle Not- und Vertretungssituationen im Ganztagebereich.

Die Vereinbarung sieht darüber hinaus weitere gemeinsame Erörterungen vor. ■

Verwaltungsreform

Bundesweit einzigartiges Steuerungsinstrument vorgelegt

Der Berliner Senat hat Ende April einen Katalog, der sämtliche von der Berliner Verwaltung wahrgenommenen Aufgaben auflistet, zur Kenntnis genommen und an den Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme überwiesen.

Mit dem Aufgabenkatalog, der Teil der im vergangenen Jahr vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossenen Verwaltungsreform ist, liegt jetzt ein Steuerungsinstrument vor, das einen kompletten Überblick zum Verwaltungshandeln liefert.

„Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es eine solche Auflistung sämtlicher Aufgaben, mit der sich die einzelnen Behörden jeden Tag befassen. Wir haben in den vergangenen Monaten die Aufgaben im Land Berlin systematisch erfasst und strukturiert, sodass der Katalog statt 4.500 nun noch 2.200 Aufgaben umfasst“, freute sich der Regierende Bürgermeister Kai Wegner, dem die Modernisierung und Straffung

der Berliner Verwaltung seit Beginn seiner Amtszeit ein besonderes Anliegen sind. An dem Aufgabenkatalog ist fast zwei Jahre lang gearbeitet worden. Anscheinend mit Erfolg: Denn von den ursprünglich etwa 4.500 identifizierten Aufgaben sind letztendlich nur knapp 2.200 übrig geblieben, weil an verschiedenen Stellen doppelt ausgewiesen worden ist.

Der Aufgabenkatalog soll als Rechtsverordnung erlassen werden und muss dem Abgeordnetenhaus zur Zustimmung vorgelegt werden. Nach Zustimmung des Parlaments soll die Rechtsverordnung beziehungsweise der Aufgabenkatalog auch in eine öffentlich zugängliche digitale Datenbank überführt werden. ■



Außerordentlicher Landesgewerkschaftstag des BSBD Berlin

Neue Landesleitung gewählt

Der BSBD Berlin hat am 8. Mai 2026 einstimmig Sven Rösler zum Landesvorsitzenden gewählt. Rösler tritt die Nachfolge von Thomas Goiny an, der 18 Jahre lang an der Spitze der Gewerkschaft amtierte und sich künftig vorrangig auf seine Arbeit als Vorsitzender des Gesamtpersonalrats Justiz konzentrieren will.

Für Kontinuität in der BSBD Landesleitung sorgt die überzeugende Wiederwahl von Holger Oesten und Silke Jonas als stellvertretende Landesvorsitzende. Ebenfalls mit großen Mehrheiten wurden Björn Ritter-Schlegel und Rene Wurl als stellvertretende Landesvorsitzende gewählt.

Viel Lob und Anerkennung für den Justizvollzug

Für den gewöhnlich sehr zu Unrecht mit wenig gesellschaftlicher Aufmerksamkeit bedachten Justizvollzug gab es in den Grußworten beim Landesgewerkschaftstag des BSBD sehr viel Lob und Anerkennung. Allen voran würdigte Justizstaatssekretär Dirk Feuerberg den zuverlässigen Einsatz der Bediensteten trotz Personalknappheit, Spar- und Baumaßnahmen. Relativ zufrieden äußerte sich der Staatssekretär, der wegen Erkrankung seine Grüße schriftlich übermitteln musste, dass es trotz knapper Kassen gelungen sei, die Haushaltsmittel für die Handlungs- und Innovationsfähigkeit des Justizvollzugs sicherzustellen. Es sei schon ein hartes Stück Arbeit gewesen, die Erkenntnis zu vermitteln, dass im Justizvollzug kein Sparpotenzial vorhanden ist, meinte Feuerberg. Wichtige Maßnahmen zur Personalgewinnung und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der weitere Ausbau der Diensthundestaffel könnten jetzt fortgesetzt werden.

Von einer Trendwende unter dem amtierenden Berliner Senat, was die Anerkennung und die Unterstützung des Justizvollzugs angeht, sprach in einem weiteren schriftlichen Grußwort der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Alexander Herrmann. So seien verschiedene Bauprojekte, die Einstellung von Nachwuchs und auch die Fortentwicklung des Gesundheitsmanagements

nach jahrelangem Stillstand wieder aufgenommen worden. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizvollzug dankte Herrmann für ihre verantwortungsvolle und professionelle Arbeit. Den BSBD Berlin bezeichnete der Abgeordnete als die wichtige Stimme für eine verantwortungsvolle Fortentwicklung des Justizvollzugs.

Im Zentrum des demokratischen Rechtsstaats

dbb Landeschef Frank Becker unterstrich vor den Delegierten des BSBD Landesvertretertages den unverzichtbaren Beitrag der Beschäftigten im Strafvollzug für die Gesellschaft. „Ihr sorgt für Sicherheit, für Ordnung und nicht zuletzt für die Resozialisierung von Menschen. Damit steht Ihr im Zentrum unseres demokratischen Systems“, so Becker wörtlich. „jeder Angriff auf euch ist zugleich ein Angriff auf den Rechtsstaat selbst.“ Eine starke Demokratie brauche einen starken öffentlichen Dienst und einen sicheren, respektierten Strafvollzug mit einer starken gewerkschaftlichen Vertretung. „Und die ist in Berlin der BSBD“, ließ der dbb Landeschef keinen Zweifel.

Besorgt über die allgemeine politische Entwicklung zeigte sich der BSBD-Bundesvorsitzende Rene Müller in seinem Grußwort, denn es falle zunehmend schwerer die Demokratie zu verteidigen. Während die organisierte Kriminalität wachse, fehle es an ausreichender politischer Unterstützung für den Justizvollzug und das Berufsbeamtentum generell. Stattdessen lebe eine Neiddebatte begleitet von einem verhängnisvollen Beamten-Bashing wieder auf, das die Arbeit des Justizvollzugs ernsthaft gefährde. Die Abwehr von Angriffen auf das Berufsbeamtentum und seine tragenden Säulen bezeichnete Müller als entscheidende Zukunftsaufgabe.

Dennis Dimbat (Debeka), Silke Jonas (JVA Moabit) Sven Rösler (JSA), Holger Oesten (JSA), Björn Ritter-Schlegel (JVA Heidering). Es fehlt von der Landesleitung Rene Wurl (JVA Tegel) (von links)



Sven Rösler bei seiner Antrittsrede



© BSBD Berlin (4)

Sven Rösler (links) dankt dem scheidenden Vorsitzenden Thomas Goiny.

Intensivere Öffentlichkeitsarbeit gefordert

Bei den Sachberatungen des Landesgewerkschaftstags sprachen sich die Delegierten in einer Entscheidung einmütig für klare Strukturen im Justizvollzug, eine stärkere Verankerung des Dienstrechts mit seinen demokratischen Grundsätzen in der Aus- und Fortbildung des Justizvollzugs sowie für eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit im Sinne des Justizvollzugs aus. In zehn weiteren Anträgen wurden unter ande-

rem der Erhalt und Ausbau der Diensthundestaffel, der vermehrte Einsatz neuer Technologien, eine Optimierung der Schutzkleidung und Verbesserungen für den Werkdienst gefordert.

Plädoyer für mehr Respekt

In seinem Schlusswort am Ende des Landesgewerkschaftstages skizzierte der neu gewählte Landesvorsitzende Sven Rösler in knappen Worten den Kurs, den der BSBD Berlin unter seiner Führung nehmen soll. Priorität hätten insbesondere ein respektvoller Umgang miteinander, die Intensivierung der Jugend- und Betriebsgruppenarbeit sowie die Stärkung der demokratischen Grundordnung.

Die Durchführung des Landesgewerkschaftstags war von den langjährigen Partnern des BSBD, BBBank, Swisslife, dbb Vorsorgewerk, HUK Coburg und Debeka, in deren Räumlichkeiten die Veranstaltung stattfand, unterstützt worden. ■



Spannende Sachberatungen

Ein Steuermann geht von Bord

Am 8. Mai hat Thomas Goiny den Landesvorsitz abgegeben. Nach 18 Jahren ist damit für den BSBD Berlin eine Ära zu Ende gegangen, für den Justizvollzug aber noch lange nicht! Das hätte auch sehr verwundert, wenn der unermüdete Kämpfer für mehr Anerkennung und Wertschätzung des Justizvollzugs die Segel ganz gestrichen hätte. Im Gegenteil Goiny, der sich nie allein auf die BSBD-Sicht beschränken ließ, sondern stets das Wohl der gesamten Justizverwaltung bei seiner Gewerkschaftsarbeit im Auge hatte, macht konsequent da weiter, wo er allen Justizbeschäftigten am meisten nutzen kann – als Vorsitzender des Gesamtpersonalrats Justiz. Schon als BSBD Landeschef war es ihm wichtig, dass die dbb Justizgewerkschaften mit einer Stimme sprechen.

Im Gesamtpersonalrat (GPR), wo er den Vorsitz seit 2024 führt, gibt es in der aktuellen Situation mehr als genug zu tun. Das breite Betätigungsfeld reicht von der Stärkung der

Strafverfolgung, über die Funktionsfähigkeit der Gerichtsbarkeit bis zur Aufgabenbewältigung im Justizvollzug. Besonders wichtig ist Goiny die Stärkung des Rechtsstaats, denn Wirtschaftspolitik, Umwelt- und Bildungspolitik sind nur dann effizient, wenn es ein verlässliches Rechtssystem gibt. Zudem ist ein funktionierender Rechtsstaat das Bollwerk gegen jede Form von Extremismus!

„Abschiedsworte müssen kurz sein“, hat er dem BSBD Landesgewerkschaftstag zugerufen, um Sentimentalitäten erst gar nicht aufkommen zu lassen. Deshalb sei auch hier nur kurz angemerkt: „Wir, der dbb Berlin, wie auch deine Heimatgewerkschaft sind der festen Überzeugung, dass du mit deiner Vision von einer gerechten und funktionsfähigen Justizverwaltung, deiner Durchsetzungskraft, deiner Liebenswürdigkeit und deiner außerordentlichen Hilfsbereitschaft mal wieder der richtige Mann am richtigen Platz bist!“



VBE Berlin

Glückwünsche zum 75. Vertretertag

Der dbb Landesvorsitzende Berlin, Frank Becker, hat dem VBE Berlin zu seinem 75. Vertretertag gratuliert.

In einem Grußwort unterstrich Becker die zentrale Rolle des VBE im Bildungswesen und bei der Stärkung der demokratischen Grundordnung. „Ein starkes, gut funktionierendes Bildungssystem

ist der Grundpfeiler jeder stabilen Demokratie“, unterstrich Becker. Der VBE trage dazu bei, dass dieses System kontinuierlich hinterfragt und verbessert wird. Er solle dafür sorgen, dass die Bildungspolitik nicht nur kurzfristigen politischen Interessen diene, sondern langfristig die Grundlage für ein demokratisches und gerechtes Zusammenleben lege. ■

Vorankündigung

Gewerkschaftstag gkl berlin



Unter dem Motto „Unsere Wurzeln. Unsere Stärke.“ findet am 21. September 2026 in der Katholischen Akademie der Gewerkschaftstag der gkl berlin statt.

Bei der öffentlichen Veranstaltung des Gewerkschaftstages rückt die gkl berlin die zugespitzte Personalsituation im öffentlichen Nahverkehr mit einer Podiumsdiskussion in den Fokus. Eingeladen wurden dazu der Geschäftsführer der BT Berlin Transport GmbH, Mike Wohlbold, die Vorständin Personal bei der BVG, Jenny Zeller-Grothe, sowie die Geschäftsführerin der KAV Berlin, Anke Stier.

Außerdem werden ein Vertreter der komba Bundesleitung und der Vorsitzende des dbb Berlin, Frank Becker, zu den etwa 110 Delegierten und Gastdelegierten sprechen.

Mit besonderer Spannung wird die Neuwahl der gkl Landesleitung erwartet. Bei den Antragsberatungen wird es unter anderem um eine Namensänderung der Gewerkschaft in komba berlin gehen.

Die Delegierten und Gastdelegierten werden aus den verschiedensten Betriebsgruppen der gkl berlin, die ein breites Mitgliederspektrum aufweist, entsandt: Dazu zählen Nahverkehrsunternehmen BVG und die BT Berlin Transport ebenso wie die BSR, die Charité, die Berliner Feuerwehr oder auch das ITDZ, das Landeslabor Berlin-Brandenburg, die Berliner Wasserbetriebe (BWB), die Technische Universität sowie die allgemeine Verwaltung der Senats- und Bezirksebene und der nachgeordneten Einrichtungen.

Auch das hauptstadt magazin wird vor Ort sein und über die Veranstaltung berichten. ■

Teilzeit ist kein Randproblem!

Noch nie waren so viele Frauen wie heute berufstätig. Fast jede zweite von ihnen arbeitet in Teilzeit. Der Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten beträgt rund 77 Prozent.

Das zeigt: Teilzeit sei kein individuelles Problem, sondern Konsequenz einer Arbeitswelt, die für viele Menschen kaum mit Familie, Pflege und Privatleben vereinbar ist, hat die dbb Landesfrauenvertretung festgestellt.

Gerade im öffentlichen Dienst stiegen Arbeitsverdichtung und Belastung seit Jahren. Trotz hoher Motivation könnten viele eine Vollzeitbeschäftigung nicht mehr leisten. Teilzeit dürfe deshalb nicht zu einem Karriereknick führen. Wer in Teilzeit arbeite, müsse auch weiterhin Zugang zu Qualifizierung, Entwicklung und Aufstiegsmö-

glichkeiten haben, fordern die dbb frauen. Teilzeit muss ein Sprungbrett sein – auch zurück in Vollzeit.

Das eigentliche Problem sieht die dbb Landesfrauenvertretung Berlin allerdings weniger in der Teilzeit selbst, als in Arbeitsbedingungen, die Menschen in Teilzeit drängen und gleichzeitig Fachkräfte verschleifen.

Wer Teilzeit stärkt, stärkt Familien, Gleichstellung und einen modernen öffentlichen Dienst. Und wer Vereinbarkeit ernst nimmt, stärkt am Ende unsere Demokratie.

Um die skizzierte Teilzeitproblematik zu untermauern, wird das hauptstadt magazin in mehreren Folgen ab der nächsten Ausgabe Praxisberichte aus verschiedenen Verwaltungen veröffentlichen.

ein Farbton	Ruhepause	Sende-, Empfangsanlage	10	indische Wasserpfeife	<h2>Unsere Gewinner</h2> <p>Richtig geraten und je eine Schreibmappe gewonnen haben bei unserem Mai-Preisrätsel:</p> <p>Daniel Plöge, 12623 Berlin Michaela Baum, 12627 Berlin Martin Dolla, 12559 Berlin</p> <p>Das Lösungswort war „azurblau“.</p>					Hülle, Futteral		Befehl; Auftrag		schott. Philosoph (David)			
				Hülsenfrucht						franz. Stadt an der Mosel							
Lachsforelle															4	gefrorenes Wasser	
gefeierter Künstler																	
		5	spitzer Dorn an Laufschuhen	Hahenschrei		Matrosen		erhöhen, auszeichnen		kurz für an dem	Frau Abrahams im A. T.	Einfall, Gedanke	rechter Nebenfluss der Save	Welthilfssprache			
französisch: Sommer	geschäftliches Entgegenkommen		inselkeltische Sprache					bestimmter Artikel				amerik. Schriftsteller (Leon)		1			
Bein-gelenk				Kraftmaschine		Gatte				3			Fluss in Westafrika	Baldriangewächs			
				gemahlene Getreide			7	ägyptische Göttin		Hafendamm		Name mehrerer engl. Flüsse		2			
zugunsten einer Person, Sache		russ.-dt. Pianist: ... Levit				6	nicht öfter					Bürde, Drückendes		Abk. für Elektroenzephalogramm			
				römischer Kaiser					Kfz-Zeichen Freising		ein Sternbild						
starke Abneigung		höchster Berg Neuseelands: Mount ...	9			Hauptstadt Georgiens		8				Computer (telef. Stimmabgabe)					
Fußglied				in Zahlung gegebener Wechsel							Gestell z. Transportieren v. Lasten						

„Schreibsets für die Handtasche“ zu gewinnen!

Die ideale Lösung für handschriftliche Notizen unterwegs wird dreimal an die Einsender der richtigen Lösung des Juni-Schwedenrätsels verlost.

Die vom BSBD Berlin gestifteten Sets im handlichen DIN-A5-Format enthalten Stifte, Block, Radiergummi, Anspitzer, Lineale und verschiedenfarbige selbstklebende Merkzettel.

Raten Sie mit und schicken Sie das Lösungswort bis 15. Juni 2026 an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© ddb berlin

PREISRÄTSEL



Gedankenaustausch in der Partnerstadt

Der dbb berlin pflegt seit vielen Jahren intensive Beziehungen mit der Berliner Partnerstadt Los Angeles.

Aktuell führte dbb Landeschef Frank Becker im Mai intensive Gespräche über wichtige Fragen des öffentlichen Dienstes im Rathaus von Los Angeles. Die Rekrutierung und Schulung von Personal wurden dabei ebenso erörtert wie Bezahlungs- und Ruhestandsregelungen, die Gesundheitsversorgung und der Einsatz von KI.

Mit im Gepäck hatte Becker eine Grußbotschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Kai Wegner, der gute Gespräche zur Festigung der mittlerweile 59-jährigen langjährigen Städtepartnerschaft wünschte und auch Frank Beckers Engagement im Rahmen des internationalen Austausches würdigte.



© Daniil Polikarpov

Frank Becker (Mitte) im Rathaus von Los Angeles

„Gerade in der jetzigen spannungsgeladenen Zeit sind internationale Begegnungen wichtiger denn je“, bewertet Frank Becker selbst seinen diesjährigen Besuch in der Partnerstadt. ■

Margot-Friedländer-Platz

Der Platz vor dem Berliner Abgeordnetenhaus heißt seit dem 7. Mai 2026 Margot-Friedländer-Platz. Mit der Umbenennung soll das Andenken an die Berliner Ehrenbürgerin Margot Friedländer lebendig gehalten und ein deutliches Bekenntnis gegen Antisemitismus und jede Form der Menschenfeindlichkeit abgelegt werden, betonte der Regierende Bürgermeister Kai Wegner bei einer vorangegangenen Festveranstaltung im Abgeordnetenhaus. Der Margot-Friedländer-Platz stehe für die Würde des Menschen, für jüdisches Leben in Berlin und für Freiheit, Respekt und

Toleranz. Beeindruckt von der Feierstunde im Abgeordnetenhaus zeigte sich dbb Landeschef Frank Becker: „Es war eine würdige Veranstaltung, die einen sehr schönen Rahmen für die Umbenennung des Platzes vor dem Abgeordnetenhaus in Margot-Friedländer-Platz geboten hat. Ich denke, Margot Friedländer wäre stolz und begeistert zugleich.“ ■



© Lars Wiedemann